

Gebührenordnung soll überarbeitet werden

Marktbetreiber könnten benachteiligt werden

Den Zahlen, mit denen Bernhard Marewski nur so um sich warf, konnte auf die Schnelle wohl kaum jemand folgen. Die Botschaft des CDU-Rats Herrn kam in der Sitzung des Bürger- und Umweltausschusses aber klar und deutlich an.

Demnach stellt die neue Gebührenordnung für die Sondernutzung öffentlicher Straßen die privaten Betreiber des Schlebuscher Bauernmarkts, des Wiesdorfer Wochenmarkts und des Opladener Frischemarkts in Zukunft schlechter. Und das verstößt gegen den ausdrücklichen Willen des Stadtrats.

Anlass, die Gebührenordnung zu ändern, ist der Ratsbeschluss, die bisher von der Stadt organisierten Märkte ab Juli von der Deutschen Marktgilde betreiben zu lassen. Dafür zahlt die Genossen-

schaft eine jährliche Konzessionsabgabe in Höhe von 5400 Euro, spart der Stadt aber auch Kosten im sechsstelligen Bereich. Bernhard Marewski hatte sich die Mühe gemacht, tief in das Zahlenwerk der Verwaltung einzudringen, was unter anderem deshalb schwierig ist, weil die Standgebühren teils nach Quadratmetern, teils nach laufenden Metern berechnet werden.

Einstimmiger Beschluss

Das Fazit des Bürgermeisters aus Schlebusch lautete dennoch, dass die Betreiber der drei privaten Märkte benachteiligt würden. Die übrigen Ausschussmitglieder folgten deshalb einstimmig seiner Forderung, die Beschlussvorlage zurückzuweisen und von der Stadtverwaltung noch einmal überarbeiten zu lassen. (hz)